

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der AfD

**zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP
- Drucksache 8/2740 -**

**Solidarität mit Israel und jüdischem Leben – Antisemitismus und Antizionismus
entschlossen entgegentreten**

Der Landtag möge beschließen:

I. Ziffer I wird wie folgt geändert:

1. Der Nummer 4 wird folgender Satz angefügt:

„Die Sicherheit Israels als Staatsräson bedeutet allerdings nicht, dass Deutschland letztlich zu einer militärischen Unterstützung Israels verpflichtet ist und deutsche Soldaten ihr Leben für die Sicherheit Israels opfern müssen.“

2. Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„Die Hamas ist eine Terrororganisation mit dem Ziel, den Staat Israel zu beseitigen und stattdessen einen Palästinenserstaat zu errichten.“

3. Nummer 12 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Gleichwohl ist der Antisemitismus – vor allem der israelbezogene Antisemitismus – mit der Migration aus muslimischen Ländern unübersehbar angewachsen und für die jüdischen Mitbürger zu einer realen Gefahr im Alltag geworden.“

II. Ziffer II wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 3 werden nach dem Wort „Unterstützung“ die Wörter „der Zivilgesellschaft“ eingefügt.
2. Die Nummer 6 wird aufgehoben.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Zu Ziffer I

Zu Nummer 1

Hier sind die Grenzen der Sicherheit Israels als Staatsräson aufgrund der aktuellen Lage und anderslautender Äußerungen aus der CDU aufzuzeigen.

Zu Nummer 2

Das Ziel der Terrororganisation ist nicht der Massenmord, sondern die Beseitigung des Staates Israel. Die Feindklausel erfasst die gesamte islamische Welt von Ankara bis nach Indonesien und ist in dieser Form nicht tragbar.

Zu Nummer 3

Verantwortlich für die beispiellose Wiederkehr des Antisemitismus ist der radikale Islamismus (Macron), weshalb der importierte Antisemitismus beim Namen zu nennen ist.

Zu Ziffer II

Zu Nummer 1

Es ist klarzustellen, dass nur eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und keine militärische Unterstützung in Betracht kommt.

Zu Nummer 2

Der öffentliche Dienst in Deutschland steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes und bedarf keiner Erziehung in Sachen Antisemitismus.